

Ortsgespräch

Nr. 97

Dettingen-Wallhausen

September 2002

Bundestagswahl 2002



**Interview mit
der SPD-Kandidatin**

Susanne Sargk

weiß, wo uns der Schuh drückt. Deshalb beginnt ihre Politik im Alltag. Sie engagiert sich für Arbeit & Bildung, Familie & Gesundheit

Susanne Sargk steht Rede und Antwort

Wir sprachen mit der Kandidatin für die SPD im Wahlkreis Konstanz. Sargk ist seit 1997 Stadträtin in Singen. Sie ist verheiratet, hat zwei Töchter und leitet einen Kindergarten in Singen.

Ortsgespräch: Frau Sargk, Sie möchten Familien- und Gesundheitspolitik zu Ihrem Thema machen. Wo sind da Ihre Schwerpunkte?

Susanne Sargk: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss dringend angepackt werden. Wir haben große Defizite im Betreuungsbereich der Kinder unter 3 Jahren und bei Schulkindern ab 6 Jahren. Als sehr wichtigen Punkt sehe ich auch die Stärkung und Unterstützung der Familien bei ihrem Erziehungsauftrag. Die Gesundheitsreform 2000 muss fortgesetzt werden und in Richtung „mehr Gesundheit“ gehen. Im wesentlichen geht es mir darum, dass 250 Mrd. € im Jahr dorthin fließen, wo Qualität für die Patienten geboten wird und nicht dorthin, wo am lautesten von den Lobbyisten gejammert wird.

Ortsgespräch: Wie soll der „zweite Bildungsnotstand“ in Deutschland behoben werden?

Susanne Sargk: Die Pisa-Studie hat ganz klar ergeben, dass vor allem diejenigen Länder gut abgeschnitten haben, die frühzeitig vorschulische und schulische Einrichtungen anbieten. Ein weiteres Merkmal für das positive Abschneiden einiger Länder ist ein gut ausgebautes System an geschlossenen, aber auch an offenen Ganztageschulen. Hier müssen wir dringend ansetzen.

Ortsgespräch: Der Bundesregierung ist es gelungen, den Einstieg in den Ausstieg der Atomenergie einzuleiten. Umso kritischer verfolgen wir die Entwicklung auf der Schweizer Seite – mit einer möglichen Endlagerstätte des Schweizer Atom- mülls in Grenznähe. Wie stehen Sie dazu?

Susanne Sargk: Natürlich können wir den Schweizer Nachbarn nicht vorschreiben, wo sie ein Atomendlager bauen, aber es ist wichtig, dass die Bundesrepublik über die Pläne informiert ist. Es geht für mich besonders um die Frage der Sicherheit oder Unsicherheit für ein solches Lager, das die gefährlichsten Stoffe der Menschheit für hunderttausend Jahre aufbewahren soll. Wir dürfen nicht vergessen, dass Millionen von Menschen rheinabwärts ihr Trinkwasser aus dem Ufer-

filtrat des Rheins gewinnen. Daher brauchen wir ganz dringend den kreis- und grenzübergreifenden Dialog, denn es ist immer noch sehr einfach, die Menschen über Grenzen hinweg gegeneinander auszuspielen.

Ortsgespräch: Verkehrsminister Bodewig hat sich in der Auseinandersetzung mit den Schweizer Interessen des Züricher Flughafens redlich bemüht, aber aus deutscher Sicht kein zufrieden stellendes Ergebnis erzielt. Was gedenken Sie in dieser Angelegenheit zu unternehmen?



Ute Vogt und Susanne Sargk beim Gespräch im Milchwerk Radolfzell.

Susanne Sargk: Der Staatsvertrag ist ein ausgewogenes Verhandlungspapier, das der Schweizer Bevölkerung und auch dem Parlament erhebliche Bauchschmerzen bereitet. Die Ergebnisse des Staatsvertrages gehen unseren Schweizer Nachbarn zu weit in ihrer Konsequenz bzgl. gerechter Verteilung des Fluglärmes und daher lehnen sie ihn ab. 16 Jahre lang hat die CDU-geführte Bundesregierung nichts unternommen, um der Ausweitung von Unique Airport Einhalt zu gebieten und die deutsche Bevölkerung vor den Auswirkungen dieser Ausweitung zu schützen. Teilen der deutschen Bevölkerung geht der Staatsvertrag in seinen Ausführungen nicht weit genug und daher lehnen sie ihn ebenfalls ab! Auf diesen Zug ist der CDU-Abgeordnete Repnik nun aufgesprungen und fordert nun als "Trittbrettfahrer" gesetzliche Festlegungen für die Schweiz, die diese nie und nimmer akzeptieren wird. Ich finde die Ratifizierung des

Vertrags richtig und wichtig und werde mich für seine praktische Umsetzung auch einsetzen.

Ortsgespräch: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Frauen und Männer im Moment noch nicht durchführbar. Wo sehen Sie für unseren Wahlkreis den Haupthandlungsbedarf?

Susanne Sargk: Die Spatzen pfeifen es schon lange von den Dächern: Baden-Württemberg ist laut einer Befragung des "Stern" Schlusslicht vor dem Saarland, was die Zufriedenheit im Bereich der Kinderbetreuung betrifft. Krippenplätze für Kinder bis zu 3 Jahren gibt es hier fast gar nicht, ebenso wenig Ganztagesplätze für Schulkinder. Und die klassischen Kindergärten haben oft von 12 - 14 Uhr geschlossen, Zustände zum Verzweifeln für jene Mütter, die nicht nur Mutter sein wollen, sondern auch gerne in ihrem Beruf arbeiten würden. Eine Lösung dieses Problems sehe ich im Ausbau von wirklich wohnortnahen Betreuungsangeboten für Kinder aller Altersstufen und in der flächendeckenden Einführung der Ganztageschule - denn nur so ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Daher

halte ich es auch für enorm wichtig, dass die SPD - geführte Bundesregierung sich im Bereich der Familienförderung am Ausbau der Betreuungsangebote finanziell beteiligt.

Ortsgespräch: Unser Wahlkreis stellt schon seit Jahren keine Bundes- oder Landtagsabgeordnete der SPD. Auf dem Landesparteitag in Bad Saulgau sind Sie auf Platz 30 gesetzt worden. Wie beurteilen Sie mit diesem Listenplatz ihre Chance in den Bundestag einzuziehen?

Susanne Sargk: Die Chancen stehen nicht schlecht, denn momentan sind 30 Abgeordnete aus Baden-Württemberg für die SPD im Bundestag. Doch darauf allein werde ich mich nicht verlassen, sondern ich werde bis zum 22. September um jede einzelne Stimme für die SPD kämpfen.

Ortsgespräch: Wir wünschen Ihnen am 22. September viel Erfolg!

Susanne Sargk live:

Freitag, 13. September ab 19 Uhr
auf dem Augustiner Platz.

Sonntag, 15. September 10:30 Uhr
im Gasthaus Seeschau Dingelsdorf oder auf vielen Wahlkampfständen im ganzen Wahlkreis Konstanz



Erfolgreiche Regierungsarbeit von Rot-Grün

Arbeitsmarkt-Situation verdeckt gute Regierungsarbeit

Natürlich ist Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht ganz unschuldig daran, dass jetzt viele Medien und mit ihnen viele Wählerinnen und Wähler die Regierungsarbeit nur an der Situation am Arbeitsmarkt messen.

Seine Aussage zu Beginn der Legislaturperiode, die Arbeitslosenzahl in den nächsten vier Regierungsjahren auf 3,5 Mio. zu senken, basierte auf der sicher scheinenden Annahme einer „normal“ florierenden Weltwirtschaft. Doch die aufziehende Weltwirtschaftskrise machte Kanzler Schröder einen Strich durch seine optimistische Rechnung.

Vergleicht man jedoch die Ergebnisse der vergangenen Legislaturperioden der Regierung Kohl mit den Ergebnissen von Rot-Grün in den vergangenen vier Jahren, dann kann die Regierung Schröder bemerkenswerte Erfolge vorweisen.

Nur einige seien hier genannt:

- Weniger, wenn auch „nur“ 200.000 **Arbeitslose** als 1998; dies in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit der größten Krise an den weltweiten Kapitalmärkten seit Bestehen der Bundesrepublik.

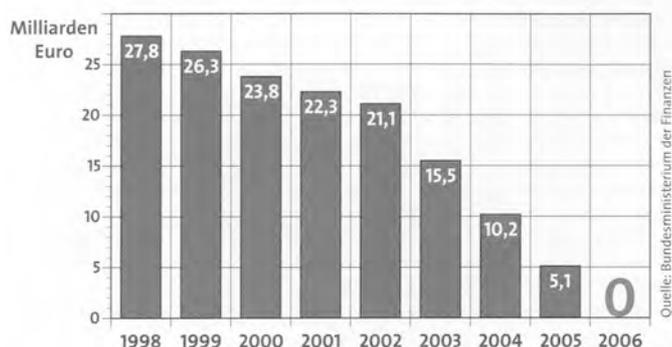
- **Steuerreform:** Sie brachte u. a. eine

- o Senkung des Spitzensteuersatzes (-4,5%)
- o Senkung des Eingangssteuersatzes (-6%)
- o Senkung der Lohnnebenkosten (-0,7%)

- **Familienförderung:** Erhöhung des Kindergeldes (37%), steuerliche Entlastung der Familien, Anhebung des Kinderfreibetrages (3,2%), Erhöhung des Wohngeldes (+18%), Elterngeldes und Bafög.

- **Umwelt und Energie:** Atomausstieg beschlossen, Förderung alternativer Energien.

Geplante Nettokreditaufnahme des Bundes bis 2006



- **Haushaltskonsolidierung:** Durch verantwortungsvolle Haushaltspolitik; der Staats-

haushalt 2002 ist der vierte Haushalt in Folge mit geringerer Neuverschuldung als im Vorjahr.

Nicht nur die Flutkatastrophe der letzten Wochen hat gezeigt, dass Gerhard Schröder der Kanzler ist, den Deutschland in schwierigen Zeiten braucht.

Er verdient unser Vertrauen, auch für die kommenden 4 Jahre.

Marina Mollenhauer

Eine ausführliche Regierungsbilanz gibt es zum Downloaden unter: www.spd-dettingen.de

... Zweitstimme ... Erststimme ... oder was ... ?

Die Zweitstimme ist entscheidend!

Bei der Bundestagswahl hat der Wähler 2 Stimmen. Wahlentscheidend ist die Zweitstimme. Mit der Zweitstimme werden die Landeslisten der Partei gewählt. Der Anteil der Zweitstimmen, den eine Partei erhält, bestimmt die Gesamtzahl ihrer Sitze im Bundestag.

Wozu dann noch die Erststimme?

Es gibt 299 Wahlkreise, in denen die Parteien ihre Kandidaten aufstellen können. Mit ihrer Erststimme entscheiden die Wähler direkt darüber, welcher Kandidat aus ihrem Wahlkreis in den Bundestag einzieht. Gewählt ist, wer die meisten Erststimmen erhält.

Alle 299 Wahlkreissieger ziehen in den Bundestag ein. Damit ist die eine Hälfte der 598 Sitze durch Direktmandate vergeben.

Die andere Hälfte wird so verteilt: Die gewonnenen Direktmandate werden auf die Zahl der Sitze angerechnet, die die Parteien entsprechend ihrem Zweitstimmenanteil gewonnen haben. Die dann noch verbleibenden Sitze werden mit Kandidaten von den jeweiligen Landeslisten besetzt.

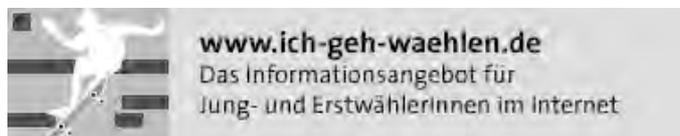
Erststimme: Susanne Sargk!

Zweitstimme: SPD!

MIT IHRER ZWEITSTIMME ENTSCHEIDEN SIE WER KANZLER WIRD!



Infos zur Bundestagswahl im Internet



www.nicht-regierungsfähig.de

www.bundeswahlleiter.de

www.spd.de

Impressum:

Herausgeber: SPD – Ortsverein Dettingen – Wallhausen

Auflage: 2.200

Verantwortlich i. S. d. P. G.: Jens Bodamer

Gestaltung: Marina Mollenhauer, Jens Bodamer, Heidi Kolb und Roland Schöner

Druckerei: LEO-Druck, Robert-Koch-Str. 6, 78333 Stockach

Redaktionsanschrift:

Marina Mollenhauer, Kapitän-Romer-Str. 32, 78465 Konstanz,

Tel. und Fax: 07533-7217,

Email: redaktion@spd-dettingen.de

